

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023  
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Anpassung des ÖPNV-Angebots an die Nachfrage für öffentliche Beförderungsleistungen**

Einzelplan **17** **Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 17 30 Bezeichnung Zuweisungen aus dem KFA im Bereich des Ministeriums für  
Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen  
Produktnummer 022 Bezeichnung Förderung des ÖPNV-Angebots

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	0	0	
14	Summe Aufwendungen	203.577.000	-15.164.400	188.412.600

Liquidität			
<b>Einnahmen</b>			
<b>Ausgaben</b>			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
<b>Produktenerfolgsplan</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>			
7	Summe Erträge	0	0	
14	Summe Aufwendungen	236.577.000	-18.635.900	217.941.100
<b>Liquidität</b>				
<b>Einnahmen</b>				
<b>Ausgaben</b>				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die große Lücke zwischen Kosten und Fahrgeldeinnahmen sollte Anlass sein, die Taktung des Nahverkehrs endlich stärker an der Nachfrage für die öffentlichen Beförderungsleistungen auszurichten. Unnötige Leerfahrten müssen vermieden werden. Die Fraktion der AfD im Hessischen Landtag beantragt zugunsten der Zuweisungen und Zuschüsse nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und dem Hessischen Krankenhausgesetz die Umsetzung eines Teilbetrags innerhalb der Finanzausgleichsmasse.

Wiesbaden, 12. Januar 2023

Für die Fraktion  
der AfD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Robert Lambrou**